

FORUM: Die Arbeit und ihre Zukunft

Udo Ernst Simonis: Das magische Dreieck zukunftsfähiger Entwicklung

Prof. Dr. Udo Ernst Simonis, geb. 1937 in Hilgert/Rheinl., gelernter Bäcker und Konditor, Studium der Ökonomie in Mainz, Wien und Freiburg, ist Direktor des Internationalen Instituts für Umwelt und Gesellschaft (IUG) am Wissenschaftszentrum Berlin.

Die Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung hat in ihrem im April 1998 vorgelegten Bericht den Versuch unternommen, das Konzept des sustainable development für die Strategiediskussion in Deutschland fruchtbar zu machen.¹ Sie beschwört darin die Balance zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, sozialem Zusammenhalt und ökologischer Nachhaltigkeit - ein strategisches Politikdreieck, das uns im bevorstehenden Jahrzehnt aus der Sackgasse führen soll, in die uns die wirtschaftspolitische Strategiediskussion der achtziger und neunziger Jahre geführt hat. Diese Diskussion hatte uns zwei Strategien beschert, die auf je unterschiedliche Weise auf verhängnisvolle Entwicklungspfade führen.

Dem ersten Entwicklungspfad entspricht die in vielen Ländern, auch in Deutschland, verfolgte drastische „Kostensenkungsstrategie“ zum Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und zur Wiedergewinnung der für

¹ Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung: Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit! Drei Ziele – ein Weg, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 1998.

einen hohen Beschäftigungsgrad erforderlichen Wachstumsdynamik der Wirtschaft. Gemeint ist damit die Forderung an die Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften, Lohnabschlüsse unterhalb des Produktivitätszuwachses oder sogar Reallohnsenkungen zu akzeptieren, die Flächentarife zu lockern oder ganz zu beseitigen, den Kündigungsschutz einzuschränken oder aufzuheben, den mehr. Die daraus entstehende Verminderung der nominalen Arbeitseinkommen und der Steuereinnahmen, die weitere Verschlechterung der Einkommensverteilung mit den darin liegenden Risiken für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft lassen die Kommission zu einem eindeutigen Urteil gelangen: Eine drastische Kostensenkungsstrategie führt auf einen Entwicklungspfad, der in einer „sozialen Sackgasse“ endet.

Anders, aber in der Konsequenz ähnlich, ist es bei der rabiaten „Wachstums-Strategie“, die ebenfalls von vielen Ländern, in abgemilderter Form auch in Deutschland, verfolgt wird. Sie betreibt eine expansive Geld- und Fiskalpolitik, versucht Investitionshemmnisse aller Art zu beseitigen, von der Lockerung oder Senkung der geltenden Sozialstandards bis zur Beseitigung oder Verwässerung von Umweltverträglichkeitsprüfungen und anderen Genehmigungsverfahren. Auch hier kommt die Kommission zu einem klaren Urteil: Eine primär auf quantitatives Wachstum setzende Strategie führt wegen ihrer unkalkulierbaren Risiken in eine „ökologische Sackgasse“.

Alternativer Entwicklungspfad

Diese vorherrschende Strategiediskussion kann nicht sonderlich attraktiv sein, wenn man über die nähere und weitere Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft nachdenkt. Folgerichtig entwickelt die Kommission ein Konzept, das grundsätzlich auf die Balance zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, sozialem Zusammenhalt und ökologischer Nachhaltigkeit abzielt - und das Einhalten dieser Bedingungen zur politischen Aufgabe macht. Dies hat gute Gründe. Denn theoretisch ist ein solches Zieldreieck zukunftsfähiger Entwicklung stimmig und in hohem Maße konsensfähig.; dass es jedoch ein gleichschenkeliges Dreieck (!) ist und sein sollte, dies ist, zum Teil heftig, umstritten.

So setzen sich derzeit viele der ansonsten durchaus auf Ausgleich bedachten Akteursgruppen dafür ein, dass den ökonomischen Interessen das größte Gewicht eingeräumt werden sollte. Andere verteidigen vehement den Vorrang des sozialen Zusammenhalts. Für andere haben wiederum die ökologische Wirklichkeit und Nachhaltigkeit höchste Priorität. In der politischen Gewichtung sind Konflikte zwischen den drei Komponenten des Zieldreiecks der Normalfall - es handelt sich insofern tatsächlich um ein „magisches Dreieck“, weshalb die Konflikte denn auch durch kreative Einfälle, durch technische, soziale und institutionelle Innovationen minimiert werden müssen, damit - wie die Kommission zu Recht sagt - in der Annäherung an die drei Ziele die Balance gehalten wird.

Für diesen „Balance-Pfad“, der sich bildlich und inhaltlich vom „Kostensenkungspfad“ und vom „Wachstumspfad“ unterscheidet, entwickelt die Zukunftskommission vier gesellschaftliche Reformprojekte, die exemplarisch zeigen, wie zukunftsweisende Ideen entwickelt werden können, die im Ergebnis wieder zu einem stimmigen und robusten „Modell Deutschland“ führen. Diese Reformprojekte sind jeweils einem der Pole des beschriebenen Anforderungs-Dreiecks zugeordnet:

- Verbesserung der Innovationsfähigkeit,
- Beschäftigung für Niedrigqualifizierte,
- Familie und soziale Integration,
- Umweltverträgliche Lebens- und Wirtschaftsweise.

Nur auf eines dieser Projekte kann hier an dieser Stelle eingegangen werden (zu den anderen siehe S. 159-335 des Kommissionsberichts).

Umweltverträgliche Lebens- und Wirtschaftsweise

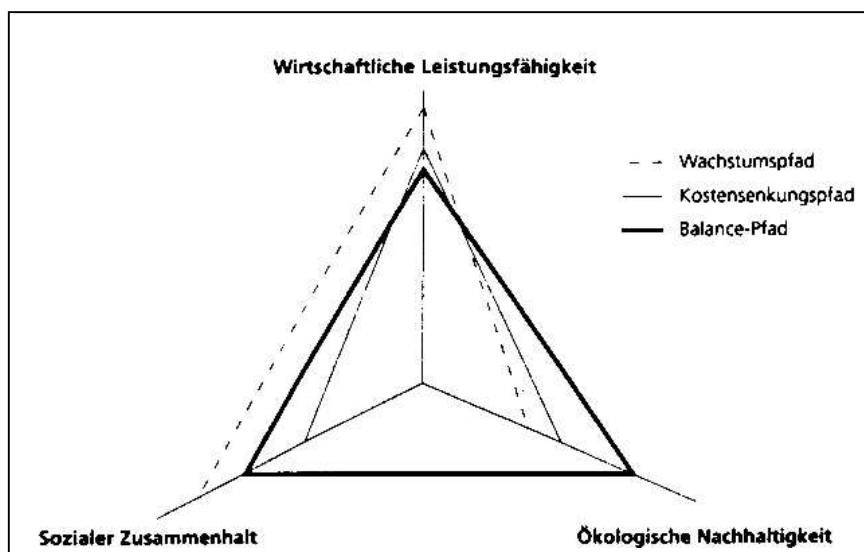
Das Reformprojekt 4 „Umweltverträgliche Lebens- und Wirtschaftsweise“ beschreibt, wie die notwendige Reduzierung des Ressourcenverbrauchs und der Umweltbelastung mit der Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen vereinbar gemacht werden kann und welche Veränderung des Sozialverhaltens und der Lebensweisen dazu erforderlich ist.

Die bisher realisierte Umweltpolitik hat zwar zahlreiche Detailerfolge erzielt, jedoch keinen umfassenden umweltverträglichen Strukturwandel von Wirtschaft und Gesellschaft bewirken können; die meisten Umweltprobleme sind weiterhin nicht gelöst. Deshalb schlägt die Kommission vier Lösungsansätze vor, die im Folgenden stichwortartig vorgestellt werden sollen (im Detail, siehe S. 336-393 des Kommissionsberichts).

- Will man Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung vom Wachstum des Bruttoinlandsprodukts abkoppeln, so gilt es als Erstes, die vorliegenden falschen Anreizstrukturen abzuschaffen, und das heißt, Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung zu verteuern, den Einsatz von Arbeit dagegen zu verbilligen. Eine solche ökologische Steuer- und Abgabenreform ist der zentrale Hebel für die Veränderung der: Faktoreinsatzverhältnisse in der Wirtschaft. Die Akzeptanz einer solchen Reform hängt allerdings entscheidend davon ab, inwieweit ihre Be- und Entlastungswirkungen als verteilungsgerecht angesehen werden. Hierauf sollte nach Auffassung der Kommission das besondere Augenmerk bei der praktischen Umsetzung dieses Reformgedankens gelegt werden.
- Eng mit der Steuerfrage ist die des Haftungsrechts verknüpft, das in Zukunft auf seine Präventionswirkung (Verhütung von Umweltschwächen), deren verursachergerechte Anlastung (Internalisierung) und die angemessene Entschädigung der Opfer (Kompensation) fortentwickelt werden muss, im Gefolge der grenzüberschreitenden Emissionen vorzugsweise auf europäischer, aber auch auf internationaler Ebene.

- Die Wirtschaftsunternehmen werden in Zukunft zunehmend vor die Frage gestellt sein, nicht nur die internen Kosten ihrer Produktion, sondern auch die externen Kosten ihrer Produkte und deren Nutzung zu übernehmen. Wenn sich der Trend zur Rücknahme der Produkte nach Gebrauch in Zukunft weiter verstärkt, wovon die Kommission ausgeht, dann werden produktbegleitende und die Lebensdauer verlängernde Dienstleistungen sowie das Leasing-Geschäft im Vergleich zur Herstellung von Produkten immer wichtigere Ertragsquellen werden. Hieraus ergeben sich nicht nur Entlastungen für die Umwelt in Form verringerter Stoff- und Energieströme, sondern auch und besonders vielfältige neue Dienstleistungen. So bedeutet die Strategie „Nutzung statt Kauf“, dass der wirtschaftliche Schwerpunkt von der Herstellung zum Produktmanagement, von der Produktions- zur Betriebs- und Leasinggesellschaft verschoben wird. Damit geht eine höhere Herstellerhaftung einher, die vom Konstrukteur verlangt, Produkte mit hoher Zuverlässigkeit, mit Fehlertoleranz und Schutz gegen Missbrauch zu entwerfen, was wiederum erhöhte Langlebigkeit und Qualität der Güter bedeutet. Mit diesem Ansatz lassen sich also neue unternehmerische Strategien verwirklichen, was Zielsetzungen wie Kosteneinsparung, Qualitätsverbesserung, zusätzliche Geschäftsfelder und Dienstleistungsangebote einschließt und mit dem Ziel umweltverträglichen Wirtschaftens kompatibel ist.
- Die bisherige Wirtschafts- und Technologiepolitik ist vornehmlich auf das gar nicht in dem Maße international wie die Globalisierungsdebatte dies eigentlich erwarten ließe. Eine wesentliche Erweiterung dieses Politikansatzes besteht daher darin, in anderen Ländern Innovationen zu initiieren und zu unterstützen. Insbesondere die inzwischen getroffenen Vorkehrungen in der internationalen Klimapolitik lassen solche joint venture als zukünftig wichtig erscheinen. Die Klimarahmenkonvention und das Kyoto-Protokoll sehen die gemeinsame Umsetzung (joint implementation) von Maßnahmen vor, die das globale ökologische Ziel, die Reduzierung der Treibhausgasemissionen, mit dem ökonomischen Prinzip der kostengünstigsten Durchführung solcher Maßnahmen verknüpft. Hieraus können vielfältige Chancen für ein Land wie Deutschland entstehen, das sein technisches und soziales Innovationspotential für ökologisch wie ökonomisch zweckmäßige Kooperationen einbringen kann. „Umweltverträgliche Innovationen anderswo anstoßen“ wird so zum Bestandteil einer zukunftsgerichteten Strategie der ökonomischen, sozialen und ökologischen Entwicklung.

Abbildung 1: Alternative Entwicklungspfade



Quelle: Zukunftskommission, S. 150.